



**Fachverband der Gas- und Wärmeversorgungsunternehmen**  
Sparte Industrie der Wirtschaftskammer Österreich  
A-1015 Wien, Schuberting 14, Postfach 26  
Telefon: +43 1 513 15 88-0\*  
Telefax: +43 1 513 15 88-25  
E-Mail: office@gaswaerme.at  
Internet: www.gaswaerme.at



An die  
Energie-Control Austria  
Rudolfsplatz 13a  
1010 Wien

**Per Email an:** wechsel-vo@e-control.at

Ihr Zeichen / Ihre Nachricht von

Unser Zeichen

DW

Datum

LI/DÜ

39

20.04.2012

### **Stellungnahme des FGW zur Verordnung der Energie Control Austria über den Versorgerwechsel, die Neuanmeldung, die Abmeldung und den Widerspruch (Wechselverordnung Gas 2012)**

Sehr geehrte Damen und Herren!

Wir danken für die Übermittlung des Entwurfs für eine Wechselverordnung Gas 2012  
und nehmen dazu wie folgt Stellung:

#### **I. Allgemeines:**

1. Eingangs ist festzuhalten, dass in monatelanger Arbeit in der Strom- und Gasbranche mit der Regulierungsbehörde und unter Einbeziehung externer Berater eine gemeinsame, kundenorientierte Lösung ausgearbeitet wurde. Die vorliegende Verordnung sollte nach dem gemeinsamen Verständnis eine Zusammenfassung der Ergebnisse dieser Arbeit sein. Dies ist allerdings bedauerlicherweise nicht der Fall, zumal zahlreiche ausführlich erörterte Probleme nicht bzw. anders gelöst sind als in den Arbeitsgruppen ausgearbeitet wurde. Die Anmerkungen der Branche wurden nur ganz vereinzelt in den Verordnungsentwurf aufgenommen. Scheinbare Klarstellungen erfolgen oftmals lediglich in den Erläuternden Bemerkungen und darüber hinaus oft ohne gesetzliche Ermächtigung. Wesentliche und mehrfach eingebrachte Kritikpunkte der Branche, etwa die Regelung über die Vollmacht oder die gesetzlose Hereinnahme des Widerspruchs, wurden nicht berücksichtigt bzw. die bestehenden Problemlagen noch verstärkt (etwa durch die kompetenzlosen Ausführungen zur elektronischen Vollmacht oder zu Einsichtsrechten der E-Control).

Wir fordern daher, dass **Klarstellungen**, soweit sie gesetzlich gedeckt sind, **in den Verordnungstext oder den Anhang zur Verordnung** aufgenommen werden, um Rechtssicherheit zu schaffen.

2. **Der Termin für die Inkraftsetzung 02.01.2013 ist nach wie vor unrealistisch** und wird seitens der Versorger und Netzbetreiber mit Nachdruck

abgelehnt. **Der VO-Entwurf ist derzeit so unpräzise und unstrukturiert gestaltet, dass eine operative IT-Implementierung auf dieser Grundlage nicht möglich ist** (z. B. Datenformate, welche Daten werden von Netzbetreibern bzw. von Versorgern zurückgemeldet etc.). Laut Auskunft der IT-Anbieter ist eine Implementierung frühestens bis Mitte 2013 realisierbar. Wir zweifeln vor dem Hintergrund der Erfahrungen aus der operativen Praxis und den Angaben Externer massiv den von der ECA vorgestellten Zeithorizont an, zumal die einvernehmlich mit der ECA festgelegten Prämissen aus den folgenden wesentlichen Gründen nicht sichergestellt sind:

- Die Branche ist von Dritten abhängig und steht selbst bei den Kunden in der Pflicht. Die Versorger und Netzbetreiber sind im Falle der Nichtfunktionalität von massiven wirtschaftlichen Konsequenzen bedroht (Stichwort: Back-To-Back-Beschaffung im volatilen Großhandelsmarkt, Haftung der Netzbetreiber etc.
- Zum gegenwärtigen Zeitpunkt sind verschiedene erfolgs- und zeitkritische Prozesse und Rahmenbedingungen mit unbekannten Auswirkungen auf die Umsetzung noch nicht definiert:
  - Prozesse wie z.B. Anmeldung eines Nachfolgers bei Auszug, Rückmeldungsprozesse etc.
  - IT-technische Definitionen bezüglich der Beschreibung der inhaltlichen Datenstruktur die Wechseldaten betreffend (Feldstruktur, Hierarchie etc.)
  - technische Spezifikation der Datenaustauschformate zwischen Marktteilnehmern und Wechsel- bzw. Kommunikationsplattform
  - Schnittstellendefinitionen.

Nach Vorliegen der Verordnung müssen noch die Details zum Datenaustausch (wie in den Erläuterungen angesprochen via Sonstiger Marktregeln) sowie auch die Fehlermeldungen und sonstigen Meldungen definiert werden. Zudem sind noch eine Vielzahl an Fragen und Details zu den Prozessen zu klären.

Erst nach Klärung bzw. Vorliegen der Sonstigen Marktregeln kann eine Umsetzung gestartet werden.

Erschwert wird die Umsetzung dadurch, dass alle Prozesse laut vorliegendem Verordnungsentwurf zu einem Stichtag umgesetzt werden müssen und dies aufgrund des immensen Umfangs bzw. Eingriff in die IT Systeme der Netzbetreiber und Versorger nicht zum 2.1.2013 möglich ist. Darüber hinaus stellt die gleichzeitig umzusetzende neue Marktmodell-VO für den Gasbereich eine zusätzliche Belastung dar. Zwei Projekte in dieser Größenordnung sind nicht innerhalb der vorgegebenen Zeit umsetzbar, zumal die Umsetzungsgrundlagen für beide Projekte noch in Ausarbeitung und nicht hinreichend festgelegt sind.

3. Vor diesem Hintergrund **weisen wir nachdrücklich auf das Gefährdungspotential bei Nichtfunktionalität hin**. Wir unterstreichen, dass die Frage der Einhaltung des Zeithorizontes auf Basis der technischen Machbarkeit zu beurteilen ist. Kritische Prämissen, die mit der ECA einvernehmlich festgelegt wurden, sind Rechtssicherheit, Funktionalität, Präzision, Qualität, technische Sicherheit und

Einhaltung des Datenschutzes. Diese Prämissen sind vor dem Hintergrund des VO-Entwurfs in dieser Frist mit Sicherheit nicht zu gewährleisten.

4. Der Entwurf verlässt an zahlreichen Stellen den Boden des geltenden Rechts und einer Reihe von Verordnungsregelungen mangelt es an der gesetzlichen Deckung. Dies betrifft insbesondere die Regelung von zivilrechtlichen Inhalten in der Verordnung, die jedenfalls ausdrücklich abzulehnen ist; dies bleibt dem Gesetzgeber vorbehalten. Soweit technische Regelungen in zivilrechtliche Verträge eingreifen, haben letztere Vorrang und dürfen im Rahmen der zivilrechtlichen Privatautonomie nicht in unzulässiger Weise in die Vertragsgestaltung des Versorger und dessen Beziehung zum Kunden eingreifen. **Wir fordern, dass die Verordnung nicht über die im Rahmen des § 123 Abs 1 GWG 2011 vorgesehene gesetzliche Ermächtigung hinausgeht.**
5. **Die sich aus dem Anhang ergebende Verkürzung der Gesamtdauer des Wechsels von 3 Wochen auf jedenfalls 12 Arbeitstage** steht im Widerspruch zu den gesetzlichen und EU-rechtlichen Vorgaben und **wird abgelehnt.**
6. Der Verordnungsentwurf sieht die Festlegung von Fristen in Stunden und nicht in Arbeitstagen vor. Dies würde die Bereitstellung von Personal zur Abwicklung von Prozessen außerhalb der Normalarbeitszeit erfordern (d. h. Aktivitäten oder Prüfungsmaßnahmen durch Mitarbeiter). Dies ist **unzumutbar** und es wäre **daher wie bisher auf Arbeitstage abzustellen.**

**Aus den angeführten Gründen und wie sich auch aus den folgenden Detailausführungen ergibt, wäre eine Implementierung des neuen Wechselprozesses nicht umsetzbar. Der vorliegende Verordnungsentwurf bedarf daher einer umfassenden und tiefgreifenden Überarbeitung.**

Da die für die Begutachtung dieses Entwurfs über die Osterfeiertage eingeräumte Zeit sehr knapp bemessen wurde, kann diese Stellungnahme keinesfalls als abschließend angesehen werden.

Unbeschadet der angeführten gravierenden Bedenken merken wir zu den einzelnen Bestimmungen des Verordnungsentwurfs an:

## **II. Zum Entwurf der WechselVO Gas im Detail:**

### **Zu § 2 (Begriffsbestimmungen):**

Z 4 lautet: *„Versorgerwechsel“ die Zählpunkt- und Endverbraucheridentifikation sowie die Bindungs- und Kündigungsfristenabfrage und den eigentlichen Wechsel; „.*

Die Bindungs- und Kündigungsfristenabfrage sind zivilrechtlicher Natur und können mit dem Versorgerwechsel nicht direkt in Verbindung gebracht werden. Die Wortfolge *„sowie die Bindungs- und Kündigungsfristenabfrage“* wäre daher zu streichen.

### **Zu § 1, § 2 Z 9 und § 3 Abs 3:**

Der Wechsel und die Verordnungskompetenz der ECA findet sich nur in § 123 Abs 1 GWG 2011. **Die Kompetenz bezieht sich auf „das für den Wechsel des Versorgers und der Bilanzgruppe sowie das für die Neuanmeldung von Endverbrauchern maßgebliche Verfahren“.** Darüber hinausgehende Kompetenzen, wie etwa zur Regelung des Widerspruchs gemäß § 125 Abs 2 GWG 2011, stehen der ECA nicht zu. Die ECA überschreitet diesbezüglich ihre Befugnisse. Die von der ECA mitgeteilte Begründung, ein solches Verfahren wäre zweckmäßig, zeigt im Übrigen, dass die ECA selbst gar nicht von einer rechtlichen Berechtigung ausgeht.

Der Begriff „*Wechsel im eigentlichen Sinn*“ ist jedenfalls zu definieren. Damit könnten mehrere offene Fragen aus dem weiteren Verordnungswortlaut gelöst werden.

In § 2 Z 9 müsste klargestellt werden, dass der Wechseltermin nur im Zuge des Versorgerwechsels möglich ist.

### **Zu § 3 (Einleitung und Durchführung der Verfahren):**

#### **Zu § 3 Abs 1:**

Diese Bestimmung ist irreführend. Die Möglichkeit für den Endverbraucher, die Einleitung und Durchführung der Verfahren beim Netzbetreiber an jedem Arbeitstag beantragen zu können, stimmt nicht mit der sonstigen Konzeption der Verordnung überein. Es ist einerseits immer ein Liefervertrag nötig, um eine Anlage in Betrieb nehmen zu können (Netznutzungsvertrag), sodass der Endverbraucher nicht direkt beim Netzbetreiber den Wechsel beantragen kann. Andererseits sieht § 3 Abs 3 vor, dass die Einleitung und Durchführung sämtlicher Verfahren über die Wechselplattform und automatisiert zu erfolgen haben, sofern nicht im Anhang zu dieser Verordnung ausdrücklich anderes vorgesehen ist. Somit kann der Endverbraucher keine Einleitung und Durchführung beantragen, zumal diese Plattform nur für Versorger und Netzbetreiber zugänglich ist. Jedenfalls muss der neue Versorger erster Ansprechpartner für die Durchführung des Wechsels oder der Neuanmeldung sein, wie dies auch in den Erläuternden Bemerkungen ausgeführt wird.

#### **Zu § 3 Abs 2:**

Unklar ist, warum der Gesetzeswortlaut des § 123 Abs 1 GWG 2011 („*unbeschadet weiterer bestehender zivilrechtlicher Verpflichtungen*“) um die Wortfolge „*und unter Berücksichtigung der Fristen im Anhang*“ erweitert wurde.

Gesetzlich steht der ECA eine Auferlegung einer solchen Verpflichtung nicht zu, zumal ihr hierzu die Kompetenz fehlt.

Nicht nachvollziehbar sind weiters die Ausführungen in den Erläuternden Bemerkungen, wonach die Regulierungsbehörde halbjährlich nach In-Kraft-Treten dieser Verordnung prüfen kann, ob ein kürzerer Zeitraum im Sinne des § 3 Abs. 2 technisch möglich und wirtschaftlich zumutbar ist. Liegen beide Voraussetzungen vor, kann die Regulierungsbehörde den Zeitraum der Wechselfrist verkürzen. **Weder im**

### **Verordnungstext noch im Gesetzestext findet diese Vorgehensweise Deckung.**

Die Erläuterungen scheinen der Behörde hier eine Kompetenz zubilligen zu wollen, die dieser weder vom Gesetzes- noch vom Verordnungstext her zusteht.

#### **Zu § 3 Abs 3:**

Die Formulierung „Die Einleitung und Durchführung sämtlicher Verfahren haben über die Wechselplattform ... zu erfolgen ...“ - ist unzulässig, denn dafür fehlt die gesetzliche Grundlage im § 123 GWG 2011.

#### **Zu § 3 Abs 4:**

Der Lieferbeginn an jedem Tag ist nur für Anlagen in Betrieb möglich und kann keinesfalls für Anlagen gelten, die eine Vor-Ort-Tätigkeit erfordern würden. Auch im verkürzten Verfahren ist eine Anmeldung nicht an jedem Tag möglich. Gleiches gilt für die Abschaltung. Ein Hinweis in den Erläuternden Bemerkungen ist hier nicht ausreichend.

#### **Zu § 4 (Willenserklärung und Vertretung):**

Es ist derzeit von den Netzkunden gepflegte Praxis, beim Auszug aus einer Wohnung ihren Gasbezug zu einem bestimmten Zeitpunkt abzumelden und einen Nachfolger anzumelden. Dieser Prozess liegt noch nicht formuliert vor. Eine Unterbrechung des Gasbezuges bis zum Vorliegen einer Willenserklärung durch den Nachmieter führt zwangsläufig zu deren Verärgerung und zu Unannehmlichkeiten und zu Mehrarbeit für den Netzbetreiber.

#### **Zu § 4 Abs 2 sowie Anhang Pkt. 1.2:**

Die vorliegende Regelung über Vollmachtsnachweis und -prüfung ist äußerst mangelhaft und problematisch. Die Erläuternden Bemerkungen zeigen Missverständnisse im Verordnungstext auf.

Zunächst ist festzuhalten, dass die Wortfolge, wonach die Bevollmächtigung Netzbetreibern und anderen Versorger **glaubhaft** zu machen ist, inhaltsleer ist, zumal sie nicht aussagt, wie diese Glaubhaftmachung zu erfolgen hat. Wenn der Anhang möglicherweise so zu verstehen sein soll, dass die bloße elektronische *Bestätigung*, über eine Bevollmächtigung zu verfügen, ausreichen soll, so **widerspricht dies einerseits der klaren Aussage der Datenschutzkommission** in einer gemeinsamen Besprechung zwischen Regulierungsbehörde, Branchenvertretern und Datenschutzkommission, **andererseits kann dies keinesfalls eine Glaubhaftmachung** der rechtlichen Befugnis des Empfängers iSd § 7 Abs 2 Z 7 DSG 2000 sein, sondern eine **bloße Behauptung**. Eine Glaubhaftmachung könnte nur durch **zwingende** Übersendung der Vollmacht erfolgen, um die jederzeitige Überprüfungsmöglichkeit zu gewährleisten. Dies ist im Text der Verordnung jedenfalls zu ergänzen.

Der Anhang differenziert zwischen verschiedenen Formen der Bevollmächtigung und sieht eine „schriftliche“, „elektronische“ und „mündliche“ Bevollmächtigung vor. Wenn

damit gemeint sein soll, dass Versorger und Netzbetreiber ohne Rücksicht auf deren Verträge nunmehr plötzlich „mündliche“ Vollmachten oder bloße Häkchen auf irgendwelchen ununterschiedenen Online-Formularen akzeptieren sollen, so verlässt der Entwurf die gesetzliche Grundlage: **Die Frage der Form der Vollmacht ist als zivilrechtliche Frage den einzelnen Marktteilnehmern vorbehalten. Eine Regelungskompetenz der ECA scheidet hier aus.** Außerdem zeigen die Erläuternden Bemerkungen ein Missverständnis hinsichtlich des Zusammenwirkens von Zivilrecht und Datenschutzrecht auf, die eigentlich bereits in der oben erwähnten gemeinsamen Besprechung zwischen Regulierungsbehörde, Branchenvertretern und Datenschutzkommission ausgeräumt wurde. Fragen der Haftung, etwa eines falsus procurator, betreffen nur zivilrechtliche Fragen, nicht jedoch die Frage der Übermittlung von Daten im Sinne des § 4 DSG 2000. Hinsichtlich der Übermittlung von Daten hat jedenfalls aus datenschutzrechtlichen Gründen eine Prüfung, ob eine Vollmacht vorhanden ist, zu erfolgen. Ein vollautomatisches „Abgreifen“ von Datenbanken ohne Prüfung der Berechtigung zum „Abgriff“ gerade der angeforderten Daten ist daher zunächst aus diesem Grund unzulässig.

Das Vorliegen einer Vollmacht ist auch aus Datensicherheitsgründen zu prüfen – um zu verhindern, dass irgendjemandem Daten über eine andere Person ohne Berechtigung zur Verfügung gestellt werden. Ein vollautomatisches „Abgreifen“ von Datenbanken ohne Prüfung der Berechtigung zum Abgriff der angeforderten Daten ist daher auch deshalb unzulässig.

Die Wortfolge, wonach „(d)afür [...] eine stichprobenartige oder bei begründetem Verdacht erfolgende Prüfung der Bevollmächtigung ausreichend“ ist, ist unrichtig. Die Glaubhaftmachung einer Vollmacht und die Überprüfung der Vollmacht stehen in keinem Zusammenhang. Es entsteht der Eindruck als wolle die ECA die Glaubhaftmachung jenem Teil aufbürden, zu dessen (datenschutz)rechtlicher Absicherung die Beweisführung dienen soll. Gemeint hat die ECA mit ihrer Formulierung möglicherweise, dass sich der datenübermittelnde Netzbetreiber auf Grund der stichprobenartigen ex-post-Nachprüfbarkeit auf die bloße Behauptung der Zulässigkeit der Datenabfrage verlassen darf. Wie bereits ausgeführt, entspricht dies nicht den datenschutzrechtlichen Anforderungen.

Zuletzt ist in diesem Zusammenhang auch darauf hinzuweisen, dass den Erläuterungen zur Verordnung selbstverständlich keine Kompetenz zukommt, bestimmtes Verhalten für haftbar zu erklären oder eine Haftung auszuschließen. Dies haben die Gerichte zu prüfen, weshalb der Satz „Gemäß geltendem allgemeinen Zivilrecht und dem DSG 2000 kann eine Haftung von Netzbetreibern und Versorgern, wenn sie nicht jede einzelne Vollmacht prüfen, verneint werden“ völlig ins Leere geht.

Zur Formulierung, wonach bei der Übermittlung von Verbrauchsdaten eine Bevollmächtigung jederzeit überprüft werden kann, ist darüber hinaus darauf hinzuweisen, dass von der Regulierungsbehörde ausdrücklich zugesagt wurde, den Austausch von Verbrauchsdaten jedenfalls in einer ersten Stufe nicht vorzusehen. Dies ist klar festzulegen. **Ganz grundsätzlich ist jedoch festzuhalten, dass ein so weitgehender Datenaustausch gesetzlich nicht gedeckt ist.** Es handelt sich dabei um keine „notwendigen Daten“ i.S. des § 123 Abs 3 GWG 2011.

**Zu § 4 Abs 3:** Es ist unklar, von wem welche Willenserklärungen abgegeben werden. Hier ist wohl die Übermittlung der Willenserklärung durch den Versorger (nicht durch den Endverbraucher direkt) über die Wechselplattform gemeint. Die Willenserklärung **muss** (anstatt *kann*) über die Wechselplattform zur Verfügung gestellt werden.

**Zu § 5 (Verweigerung der Durchführung der Verfahren):**

Die beispielhafte Aufzählung von Gründen, bei deren Vorliegen der Versorger die Einleitung und Durchführung der Verfahren nicht beenden darf, ist grundsätzlich überflüssig. Die Detailregelung ist entsprechend dem Anhang umzuformulieren.

**Zu § 6 (Aufgaben der Verrechnungsstelle):**

In Abs. 3 ist klarzustellen, dass die Sicherheitsmaßnahmen der Verrechnungsstelle und nicht jener der Erdgasunternehmen angesprochen werden müssen. Ein Hinweis in den Erläuternden Bemerkungen ist hier nicht ausreichend.

Weiters liegt ohne konkreten Anlassfall keine gesetzliche Grundlage für die Protokollierung und Einsichtnahme von E-Control vor.

**Zu § 8 (Inkrafttreten und Außerkrafttreten):**

**Wie bereits grundsätzlich angesprochen, ist der Inkraftsetzungstermin 02.01.2013 faktisch nicht durchführbar und wird daher nachhaltig abgelehnt.**

Für die Gasbranche steht neben der Umsetzung des Wechselprozesses auch die Umsetzung der Neugestaltung des Marktmodells Gas an. Diese bindet die ohnehin knappen Ressourcen in den Bereichen Ablauforganisation und IT. Die zeitlich parallele Umsetzung von zwei „Großprojekten“ von höchster operativer Bedeutung ist nicht Ressourcentechnisch nicht zu bewerkstelligen.

**Zum Anhang der WechselVO**

**Zu 1.1. Bearbeitungsdauer:**

Nach dem 1. Absatz muss exakt 3 Wochen vor dem Wechseltermin der Wechsel angemeldet werden. – Vereinbart war, dass der Wechsel 15 AT vor Wechsel angemeldet werden muss. Muss der Netzbetreiber die Wechselanmeldung ablehnen, wenn der Wechsel früher oder später angemeldet wird? Es ist eine Vereinheitlichung und Präzisierung vorzunehmen. Auch die Erläuterungen stimmen so nicht mit der Verkürzung auf 12 Arbeitstage überein.

Da nur in einzelnen Monaten Feiertage auftreten, sollte die Wechselfrist nicht für jeden Monat auf 12 Arbeitstage verkürzt werden, sondern idR 15 Arbeitstage betragen und

im Fall von Feiertagen entsprechend verkürzt werden, um die Frist von 3 Wochen einzuhalten. Die Textierung sollte daher wie folgt angepasst werden:

*„Die Einleitung des eigentlichen Wechsels hat durch den neuen Versorger drei Wochen vor dem beabsichtigten Wechseltermin beim Netzbetreiber zu erfolgen. ~~Unter der Berücksichtigung von Wochenenden und regulären staatlichen Feiertagen ist~~ Der eigentliche Wechsel ist daher binnen höchstens 15 ~~12~~ Arbeitstagen vorzunehmen und abzuschließen, um die Einhaltung der gem. § 123 Abs. 1 GWG 2011 vorgesehenen Frist von 3 Wochen sicherzustellen. Droht aufgrund von **regulären oder** zusätzlich staatlich oder kollektivvertraglich vorgesehenen Feiertagen für Österreich eine Überschreitung der dreiwöchigen Frist, ist der eigentliche Wechsel in einer entsprechend kürzeren als der vorgesehenen Frist von höchstens 15 ~~12~~ Arbeitstagen durchzuführen.“*

Da an anderer Stelle Reaktionszeiten zwischen 5 Sekunden und 15 Minuten vorgesehen werden, können händische Eingriffe außerhalb der Normalarbeitszeit nicht durchgeführt werden.

Die Ausführungen im 4. Absatz betreffend Durchführung bzw. Abbruch innerhalb der vorgesehenen Höchstfrist sind unklar.

#### **Zu 1.2. Vollmacht:**

- Es ist abzulehnen, dass der Netzbetreiber Vollmachten weiterleitet und wurde so auch nicht im Projekt vereinbart. Der letzte Satz des 1. Absatzes ist zu streichen, da dies prozesstechnisch auch nicht erforderlich ist
- Die Formulierung in den Erläuterungen, wonach die Vollmachtsprüfung nur einmal pro Zählpunkt vorgenommen werden kann, ist nach unserer Ansicht so zu verstehen, dass dies den jeweiligen Marktteilnehmer betrifft. Dies wäre noch ausdrücklich zu ergänzen
- Im Übrigen wird auf die Ausführungen zu § 4 verwiesen.

Bei der Kündigung ist auch die Übermittlung der Vollmacht an den aktuellen Versorger notwendig.

Die Prüfung der Vollmacht muss jederzeit (ausdrücklich dann, wenn die Überprüfung nicht prozessverzögernd ist) möglich sein. Die Forderung nach der einmaligen Prüfung kann nur innerhalb eines Verfahrens gelten.

Auch muss eine Vollmacht erneut geprüft werden können, wenn sich die ID der Vollmacht ändert und man nicht davon ausgehen kann, dass es sich um die bereits überprüfte Vollmacht (bzw. Bevollmächtigung) handelt (Beispiel: Datenabfrage mit Vollmachtsprüfung und Wechsel ein Jahr später. Dann darf man die Vollmacht nicht mehr prüfen?).

Wie sollte der Netzbetreiber wissen, ob der Versorger eine Vollmacht hat, diese aber nicht gesendet hat?

Offen ist auch die Frage, wie lange eine Vollmacht evident gehalten werden muss.

Was ist mit Übermittlung einer Lieferbestätigung gemeint?

Bei Neuanschaffung ohne Vollmacht wird der Netzbetreiber nicht recherchieren, sondern auf die Bestätigung durch den Kunden warten.

**Zu 4. Absatz:** Es ist abzulehnen, dass der Netzbetreiber Nachforschungen über den Verbleib der Vollmacht anstellt.

**Zu letzter Absatz:** Die Abmeldung durch den neuen Versorger ist gemäß dem derzeitigen Stand der Prozessgestaltung nicht möglich.

#### **Zu 2.1.1 Zählpunkt- und Endverbraucheridentifikation beim Netzbetreiber:**

##### **Grundsätzlich**

- **Bei allen Punkten zur Abfrage wurde der Vorname weggelassen.** Es war klar vereinbart, dass der Vorname verpflichtend anzuführen ist
- Die Variante 1 Zählpunktbezeichnung und Nachname bzw. Firmenname oder Postleitzahl ist unrichtig, zumal es bei dieser Suche für den Netzbetreiber nicht möglich ist, korrekte Daten zu finden. Punkt 2 sagt aus, dass der Zählpunkt und die Postleitzahl genügen. Somit kann nicht festgestellt werden, ob der Kunde richtig ist. Ein Name muss ja gar nicht angeführt werden
- Die Formulierung, wonach bei nicht eindeutigem Ergebnis nach Prüfung der Mindestdaten durch den Netzbetreiber zwar weitere Versuche zur Identifizierung gesetzt werden sollen, andererseits bei nicht übereinstimmenden Daten nicht notwendigerweise ein Abbruch erfolgen darf, ist unklar, zumal nicht eindeutig geregelt ist, welche Schritte konkret gesetzt werden müssen
  - Die nunmehrige **24-Stunden-Frist** ist nach wie vor zu knapp
  - Fragen zur Fristberechnung, wie sie sich nun in den Erläuternden Bemerkungen finden, sollten in den Verordnungstext bzw. den Anhang übernommen werden, um rechtliche Wirkungen entfalten zu können.

**Gerade die Regelung über den Fristbeginn** („Langt ein Datensatz beim Empfänger an Arbeitstagen zwischen einer Zeit von 9 bis 17 Uhr ein, beginnt der Fristenlauf mit dem Zeitpunkt des Einlangens des Datensatzes. Sollte dieser Datensatz außerhalb dieser Zeit einlangen, beginnt der Fristenlauf um 9 Uhr des darauffolgenden Arbeitstages. Der Fristenlauf selbst erfolgt, unbeschadet der vorgesehenen Regelung für seinen Beginn, an Arbeitstagen von 0:00 Uhr bis 24 Uhr. An Wochenenden und Feiertagen wird der Fristenlauf unterbrochen.“) **sollte in die Verordnung oder den Anhang selbst unbedingt aufgenommen werden.**

Der zweite Satz lautet richtig: „Die Plattform hat zu gewährleisten ...“

Im viertletzten Absatz letzter Satz („Mit Angabe von Mindestdaten ...“) ist ungeklärt, ob hier auch alle Zählpunkte übermittelt werden müssen, wenn die Zählernummer angegeben wird.

Die im drittletzten Absatz vorgesehene Prüfung der Mindestdaten läuft auf eine händische Überprüfung hinaus und wird mit Nachdruck abgelehnt.

Im vorletzten Absatz (*Ist eine Identifikation dennoch ...*) ist unklar, was der Unterschied zw. nicht identifiziert und nicht eindeutig identifiziert ist.

Nach dem letzten Satz hat der Netzbetreiber die durch den neuen Versorger gestellte Anfrage zur Übermittlung von Daten innerhalb von 12 Stunden zu beantworten. In den Gesprächen wurden 4 Arbeitstage vereinbart. Andernfalls müsste der Netzbetreiber einen 24-Stunden-Dienst einrichten.

#### **Zu 2.1.2 (Bindungs- und Kündigungsfristenabfrage beim aktuellen Versorger):**

- Im zweiten Satz fehlt der Vorname
- Die Antwort "Liefervertrag endet automatisch" fehlt
- Auch hier sind die vorgesehenen Fristen zu knapp. Im Zuge der Automatisierung muss die gesamte Statuslogik den IT-technischen Erfordernissen angepasst werden.

#### **Zu 2.2. (Eigentlicher Wechsel):**

##### **Grundsätzlich**

- Der Grund des Stornos und das Befüllen des Bemerkungsfeldes wurden bislang als lediglich optional angeführt. Die nun vorgesehene verpflichtende Stornobegründung hat für die Netzbetreiber keinerlei Relevanz und ist daher völlig entbehrlich.
- Nicht verständlich ist, warum der neue Versorger den Endverbraucher umgehend über den Wechseltermin zu informieren [und ...] der neue Versorger dem Endverbraucher seine Kontaktdaten bekanntzugeben“ hat. Der Endverbraucher muss die Daten ohnedies kennen, sonst hätte er kein Vertragsverhältnis eingehen können. Die Frist von fünf Arbeitstage für eine Umstellung ist zu lange, weil passieren kann, dass eine Abfrage zum ZP kommt und der falsche Versorger gemeldet wird, weil die Zuordnung noch nicht geändert wurde.
- Die Meldung „kein Einwand erhoben“ macht nur in Verbindung mit einer Bearbeitungsfrist von max. 2 AT Sinn.
- Die Ablesung durch den Netzbetreiber ist kostenpflichtig. Warum darauf nicht in der VO hingewiesen wird, ist nicht ersichtlich. In den derzeit gültigen Marktregeln wird darauf hingewiesen.
- Zum dritten Absatz: Die EC-Nummer ist für die Netzbetreiber ohne Relevanz.

Zu 1. Absatz: Die Einleitung des Wechsels muss an jedem Arbeitstag möglich sein.

Zu 2. Absatz: Storno bis spätestens ein Arbeitstag vor Bestätigung des Wechseltermins durch den Netzbetreiber → die Festlegung des Wechseltermins erfolgt immer durch den Versorger NEU!

Zu 3. Absatz: Die EC-Nummer muss bei Rechnungslegung an den Versorger nicht gesendet werden! Vorleistungsmodell wird nur mit jenem Versorger vereinbart, welcher den ZP beliefert.

Zu 4. Absatz: Punkt 2.2, letzter Absatz lautet:

*„Mit Beginn des eigentlichen Wechsels wird auch die Prüfung des Netzzugangs durch den Netzbetreiber gestartet. Fällt die Prüfung des Netzzugangs negativ aus, ist der eigentliche Wechsel abubrechen und eine entsprechende Fehlermeldung an alle Beteiligten zu senden. Nach Beseitigung der Gründe für die Ablehnung gemäß § 33 Abs 1 GWG 2011 kann der eigentliche Wechsel neu gestartet werden.“*

Da aufgrund der unterschiedlichen Gegebenheiten der einzelnen Netzgebiete für einige Netzbetreiber eine Prüfung des Netzzugangs im Zusammenhang mit dem eigentlichen Wechsel erforderlich ist (zB mangelnder Netzverbund zum Verteilernetz in Schärding), für andere Netzbetreiber jedoch nicht, ist unklar ob eine Netzzugangsprüfung in jeden Fall vorzunehmen ist. Da die Erläuternden Bemerkungen zu Punkt 2.2 diesbezüglich nichts vorsehen, wäre eine Erläuterung notwendig, dass der Netzbetreiber bei Bedarf eine Prüfung des Netzzugangs vornehmen kann, jedoch nicht jedenfalls vornehmen muss. Oder man formuliert den Absatz entsprechend um:

*„ .... wird auch eine gegebenenfalls erforderlich Prüfung des Netzzugangs durch den Netzbetreiber gestartet.“*

#### **Zu 2.2.2 (Übermittlung Wechselinformation und Verbrauchsdaten):**

Zu 1. Absatz: Wenn sich Wechsel überschneiden, wird nicht zwangsweise der letzte einlangende Wechsel abubrechen sein.

Zu 2. Absatz: Die Übermittlung des Lastprofils der letzten 24 Monate verursacht unverhältnismäßigen Aufwand und sollte aus diesem Grund gestrichen werden. In den Gesprächen wurde die Übermittlung des Lastprofils der letzten 12 Monate vereinbart. Gleichfalls sollten nur die Verbrauchsdaten der letzten 12 Monate übermittelt werden (der letzten 24 Monate), da dies einen ausreichend repräsentativen Zeitraum darstellt.

In den Erläuterungen steht, dass eine entsprechende Hochrechnung gemäß dem SLP vorzunehmen ist, falls zum Wechseltermin kein Jahrverbrauchswert vorliegen sollte. Unklar ist in diesem Zusammenhang, wie über das Standardastprofil, das im Gasbereich temperaturabhängig ist, Prognosen in die Zukunft (Hochrechnung) durchgeführt werden. Hier besteht ein Unterschied zum Strombereich.

**Zu 2.2.3 und 2.2.4:**

Der aktuelle Versorger hat gemäß Pkt. 2.2.3 des Anhangs zum Verordnungsentwurf jedenfalls die Möglichkeit, einen Einwand gegen den Wechsel einzulegen, falls seiner Ansicht nach das Liefervertragsende auch nach dem Wechseltermin weiter aufrecht ist. Beharrt der neue Versorger weiterhin auf einem Wechsel, so ist dabei zumindest sicherzustellen, dass der Kunde über den Einwand, die Beharrung und allfällige sich daraus ergebende zivilrechtliche Schadenersatzforderungen gegen ihn umgehend informiert wird (Punkt 2.2.4, Abs. 2 „muss“ statt „kann“). Der Kunde muss jedenfalls die Gelegenheit haben, den Wechselprozess an dieser Stelle abubrechen, insbesondere wenn ihm bei Erteilung des Wechselauftrags an den neuen Versorger die Bindung beim aktuellen Versorger noch nicht bewusst ist. Die Art und Weise dieser Information (Post, Mail, usw. ...) sowie die dafür vorgesehene Dauer ist im Detail anzuführen.

**Zu 2.2.3 (Erhebung eines Einwands aus zivilrechtlichen Gründen):**

Die Information, aus welchen Gründen ein Einwand erhoben wurde, benötigt der Netzbetreiber nicht.

**Zu 2.2.4 (Prüfung auf Beharrung):**

Die im zweiten Absatz vorgesehene 48-Stunden-Frist entspricht keinen 2 Arbeitstagen und ist anzupassen. In den Gesprächen wurde vereinbart, dass die Fixierung durch den Netzbetreiber immer 2 Arbeitstage vor Wechselstichtag erfolgt und keine Abhängigkeit zur Durchführungsdauer der vorgelagerten Verfahrensschritte hat (andernfalls wäre auch der Termin, bis zu dem ein Storno möglich ist, variabel).

**Zu 2.2.5 (Änderung der Versorgerzuordnung oder Abbruch des Wechsels):****Abschluss des eigentlichen Wechsels durch Versorgerzuordnung**

Zu Abs. 2: Nach Fixierung durch den Netzbetreiber ist keine Bestätigung durch den neuen Versorger vorzusehen – das wurde nicht so diskutiert bzw. im Prozessdokument festgelegt.

**Zu 2.3 (Ermittlung sowie Übermittlung von Verbrauchsdaten):**

Dieser Absatz bedarf einer Präzisierung. Die Verbrauchsdatenübermittlung soll ausschließlich an den alten Versorger erfolgen und nicht an den neuen Versorger, da dieser sie nicht benötigt.

**Zu 3. (Neuanmeldung):**

Der Anmeldeprozess sollte so gestaltet werden, wie dies in den Branchengesprächen vereinbart wurde.

Bei der „Neuanmeldung“ ist eine Netzzugangsprüfung – anders als in Punkt 2.2 (eigentlicher Wechsel) – nicht vorgesehen, obwohl diese zB bei erstmaliger Inbetriebnahme einer Industrieanlage etc. erforderlich ist.

Auch fehlt das Thema „Kapazitätserweiterung und –rückgaben“, das derzeit in den Sonstigen Marktregeln Gas, Kapitel 7 geregelt ist.

Darum sollte die Prüfung auf Netzzugang in - Abstimmung mit GWG 2011 und der Gas-Marktmodell-VO 2012 der ECA - definiert und die Inhalte spezifiziert werden.

Auf Seite 14, 2. Absatz ist als Inhalt der Sendung des Netzbetreibers an den neuen Versorger auch der „gewünschte min. /max. Druck“ vorgesehen. Der Endverbraucher kann sich i Rahmen des Netzzugangs jedoch keinen Druck wünschen, sondern der Druck ist technisch festgelegt (technische Fragestellung, die bereits beim Netzzutritt (= erstmalige Herstellung des Netzanschlusses) festgelegt wird. Wir ersuchen daher, das Wort „gewünschter“ ersatzlos zu streichen, da dies im Netzzutritt geregelt ist und von den technischen Gegebenheiten abhängt (gilt ebenso für Seite 15, 3. Absatz).

Da diese Formulierung offensichtlich aus der Anlage 1 zur Gas-Marktmodellverordnung 2012 (1. Mindestangaben für Netzzugangsantrag, lit g) in die WechselVO übernommen wurde, bedarf es auch einer entsprechenden Änderung in Anlage 1 zur Gas-Marktmodellverordnung 2012.

Zu 2. Satz: (Eine automatisierte Abwicklung der Verfahrensschritte ist mit Ausnahme der Suche nach der Anlagenadresse im System des Netzbetreibers nicht zwingend erforderlich.)

Auch die Suche nach der Anlagenadresse ist meist nicht automatisch möglich (Adresse könnte ggf. noch gar nicht im Netzbetreibersystem vorhanden sein).

### **Zu 3.1.1 (Identifikation der Anlagenadresse):**

Die Identifikation der Anlagenadresse kann nicht innerhalb 24 Stunden erfolgen, wenn z. B. beim Netzbetreiber erst durch die Anmeldung bekannt wird, dass eine Anlage errichtet werden sollte.

Sollte diese Vorgabe aufrechterhalten werden, werden derartige Fälle beim Netzbetreiber nicht mehr evident gehalten sondern nach 24 Stunden abgelehnt.

Die Identifikation der Anlagenadresse wurde als integrierter Bestandteil der Anmeldung vereinbart – nun ist es ein von der Anmeldung losgelöster Prozess.

Es wurde in den Vorgesprächen mehrmals angesprochen, dass es derzeit **3 Anmeldevarianten** in den SoMa Kapitel 5 gibt. Diese wurden nach monatelanger Diskussion zu den SoMa Kapitel 5 Version 3.6 eingeführt – in der Verordnung sind diese nicht wiederzufinden.

Die Datenabfrage wurde lt. Prozessdokument V09 in den Anmeldeprozess als optional integriert und nicht als separater Prozess abgebildet.

Bei Neuanmeldungen wird ein Netzbetreiber den Kunden zu einer Anlagenadresse meist nicht finden!

**Zu 3.1.2 (Durchführung der Neuanmeldung):**

Die, in der Tabelle angeführte, standardisierte Meldung „Aufrechter Energieliefervertrag“ und die Anmerkung sagen aus, dass sich der bestehende Kunde vorher abmelden muss. Dies wurde nicht vereinbart. Es wurde vereinbart, dass – wie im jetzigen Prozess – der neue Kunde in die Anlage einzieht und für den bestehenden Kunden der Auszug fingiert wird. Anders ist der Ablauf im Massenkundengeschäft nicht zu bewältigen

Die EC-Nummer für den Netzrechnungsempfänger (Seite 13 unten) ist nicht erforderlich.

Statt Meldung „Endverbraucher bereits an der Anlagenadresse vorhanden“ (Tabelle, Seite 14) wäre besser „Endverbraucher bereits angemeldet“.

„24 Stunden“ für die Information durch den Netzbetreiber sind kein Arbeitstag. Auch ein Arbeitstag ist für die Klärung bei Anmeldung im Einzelfall zu kurz.

Für die Bestätigung der Neuanmeldung durch den Netzbetreiber sind 10 Arbeitstage nach Durchführung der Anmeldung bei synthetischen ZP bzw. 5 Arbeitstage bei LPZ-gemessenen festzulegen.

**Zu 3.2:**

Dass die „Verfahrensvorschriften für die Neuanmeldung einer Anlage, nicht unter elektrischer Spannung steht...“ ist offenbar ein redaktionelles Versehen und sollte daher richtig gestellt werden.

**Zu 3.2.2 (Wiederinbetriebnahme, Anlagenerweiterung oder erstmalige Inbetriebnahme):**

Alle drei beschriebenen Fälle sind zu definieren, ein technischer Eingriff (Entfernung einer Sperrvorrichtung) erfordert entsprechende Vorlaufzeiten.

In diesen Fällen muss zuerst die Abnahmeprotokolle des Gasinstallateurs (Druckprüfung) und Rauchfangkehrers vorliegen. Andernfalls ist die Inbetriebnahme der Anlage nicht möglich. Da es sich dabei um sicherheitstechnische Erfordernisse handelt, ist die Regulierungsbehörde gar nicht befugt, Arbeitstage für die Wiederinbetriebnahme bzw erstmalige Inbetriebnahme durch den Netzbetreiber (ab Einleitung der Neuanmeldung) festzulegen. Das liegt im Kompetenzbereich der Länder und ist in den Landesgasgesetzen geregelt.

**Zu 4. (Widerspruch):**

Dieser Punkt widerspricht dem Gesetz und ist zu streichen. Eine Regelung dazu wäre allenfalls in den Marktregeln vorzusehen.

**Zu 5. (Abmeldung):**

- Die Kommunikation außerhalb der Plattform für diesen einen Prozess scheint nicht sinnvoll zu sein. Unklar ist, ob nunmehr alle befristeten Verträge abgemeldet werden müssen
- Die Formulierung in den Erläuternden Bemerkungen, wonach der E-Control auf Verlangen jederzeit Einsicht in die Protokollierung zu geben wäre, findet weder im Gesetz noch im Verordnungstext Deckung und ist daher abzulehnen
- Wir verweisen inhaltlich dazu auf die geltenden Marktregeln.

**Zu 5.2 (Beendigung des Energieliefervertrages aus anderen Gründen):**

Die Meldung „*Vertrag zur Belieferung mit Energie endet zum JJJJMMTT aufgrund Auszug*“ ergibt über XML-Format keinen Sinn.

Bei der Datenauflistung fehlt „Optionalen Zählerstand“.

Übersendung „*bis spätestens 5 Arbeitstage ab Übermittlung der Daten durch den aktuellen Versorger*“

Diesbezüglich ist folgende Richtigstellung erforderlich: 5 Arbeitstage nach Durchführung der Abmeldung – nicht ab Übermittlung durch den Versorger.

Bei Nichtübereinstimmung oder Unvollständigkeit der Daten Übersendung einer standardisierten Meldung bis 24 Stunden ab Übermittlung der Daten durch den aktuellen Versorger: 24 Stunden sind kein Arbeitstag!

Zu 2. Absatz:

Festlegungen betreffend Versorgung in letzter Instanz sind in den allgemeinen Bedingungen der Versorger zu regeln und sollen nicht Gegenstand der Wechselverordnung sein.

Zu 4. Absatz vorletzter Satz („*Wahlweise kann ...*“):

Die Übermittlung erfolgt nur über die Plattform. Daher ist die Wortfolge „*außerhalb der Wechselplattform*“ zu streichen.

Wir verweisen dazu inhaltlich auf die geltenden Marktregeln.

**Zu 6. (Anforderungen an die Wechselplattform und an die daran angebundenen Systeme):**

Die im gesamten Punkt 6 vorgesehenen Festlegungen sind nicht ausreichend und können eine Spezifikation für die Wechselplattform als auch für die Marktteilnehmerprozesse nicht ersetzen. Damit ist auch ein Beginn der Implementierung nach Rechtskraft dieser Verordnung nicht möglich.

**Zu 6.2:**

Die vorgesehene Festlegung betreffend die Datensatzverarbeitung erfordert zahlreiche technische Arbeitsschritte. Bei den Marktteilnehmern sind bei einem Arbeitsschritt mehrere unterschiedliche IT-Systeme betroffen. Eine Durchschnittszeit von 5 Sekunden würde einen wesentlichen Kostentreiber für die Implementierung und den Betrieb des Gesamtsystems bedeuten. Der zweite Satz wäre daher zu streichen.

**Zu 6.3:**

Die Darstellung, wie Datensatznummern vergeben werden müssen, wurde nie mit der Branche diskutiert – diese Vorgaben lt. Verordnung in Sonstige Marktregeln umzusetzen, schränkt technisch sinnvolle Varianten massiv ein und ist daher abzulehnen.

**Zu 6.6:**

Verfügbarkeit bis 19:00 Uhr, da ab diesem Zeitpunkt oft Offline-Sicherungen; Custo-micing-Transporte und Wartungen durchgeführt werden.

**Zu 6.7:**

Es wurde in den Branchengesprächen vereinbart, dass die Vollmachtsprüfung nicht an die Wechselplattform gemeldet werden muss.

Wir ersuchen weiters aus Gründen der Rechtssicherheit, an geeigneter Stelle konkrete Vorgaben zur Abwicklung/Zuordnung/Vermeidung der „unbefugten Energieentnahme“ zu treffen.

**III. Erläuternde Bemerkungen zur Wechselverordnung****Zu § 4 Abs 2:**

Gemäß den Erläuterungen wird eine stichprobenartige oder bei begründetem Verdacht erfolgende Vollmachtsprüfung als zulässig erachtet, um den datenschutzrechtlichen Grundsätzen von Treu und Glauben zu entsprechen. Dazu ist jedoch aus datenschutzrechtlicher Sicht anzumerken:

Gemäß § 6 Abs 1 Z 1 DSG dürfen Daten nur nach Treu und Glauben und auf rechtmäßige Weise verwendet werden. Der Begriff „Treu und Glauben“ stammt aus der Datenschutzrichtlinie. Nach Art 6 Abs 1 lit a Datenschutzrichtlinie dürfen personenbezogene Daten nur nach Treu und Glauben verarbeitet werden. Im 38. Erwägungsgrund wird dazu ausgeführt, dass eine Datenverarbeitung nach Treu und Glauben voraussetzt, dass die betroffenen Personen in der Lage sind, das Vorhandensein einer Verarbeitung zu erfahren und ordnungsgemäß und umfassend über die Bedingungen der Erhebung informiert zu werden, wenn Daten bei ihnen erhoben werden. Der österreichische Gesetzgeber folgt dieser Definition und führt in den Erläuterungen aus, dass eine Datenverwendung nach Treu und Glauben dann vorliegt, wenn der Betroffene über Umstände des Datengebrauchs und das Bestehen bzw die Durchsetzbarkeit seiner Rechte nicht irreführt oder im Unklaren gelassen wird (ErläutRV 1613, BlgNR 20. GP 39). Als Verstoß gegen das Prinzip von Treu und Glauben

hat der Oberste Gerichtshof etwa qualifiziert, die Eintragung von Daten eines Betroffenen in die Warnliste der Banken ohne dessen vorherige Information (OGH 15.12.2005, 6 Ob 275/05f).

Es geht daher bei der Statuierung des Grundsatzes der Datenverwendung nach Treu und Glauben eindeutig um die konkrete Umsetzung der Datenverarbeitung gegenüber dem Betroffenen und in dem Sinn insbesondere um die Vermeidung der Täuschung des Betroffenen. Der Grundsatz von Treu und Glauben soll eine Art Auffangklausel sein, um eine als unklar zu beanstandende Datenverarbeitung auch bei Fehlen einer einschlägigen Regelung als rechtswidrig qualifizieren zu können (*Jahnel*, Handbuch Datenschutzrecht, 258 mwN). Bei der Frage nach der Glaubhaftmachung der rechtlichen Befugnis des Übermittlungsempfängers im Sinne des § 7 Abs 2 Z 2 DSG spielt der Grundsatz des Treu und Glaubens daher keine Rolle.

#### Weitere Anmerkungen:

- Seite 4 - Tabelle der Verfahrensschritte:  
Bei den Verfahrensschritten „Prüfung auf Verfahrensüberschneidungen“ beim Eigentlichen Wechsel und „Durchführung der Neuanschuldung“ fehlt die oben erwähnte Netzzugangsprüfung (siehe diesbezüglich Anmerkungen zu Anlage der WechselVO (2.2 und 3.)
- Seite 12 - Flussdiagramme „Eigentlicher Wechsel“ (Punkt 2.2):  
Die Netzzugangsprüfung kann sinnvollerweise erst nach Prüfung auf Verfahrensüberschneidungen stattfinden.  
Abgesehen davon ist unklar, warum im Flussdiagramm auf Seite 11 der NB bei einer Prüfung auf Netzzugang keine Vollmacht prüfen kann. Beides in Serie muss möglich sein!
- Seite 16 Flussdiagramms „Neuanschuldung“:  
Hier fehlt die „Netzzugangsprüfung“ – wie auch im Wechselverordnungsentwurf - zur Gänze und ist nach Prüfung auf Prozessüberschneidung einzufügen.

Wir ersuchen um Berücksichtigung unserer Stellungnahme und stehen für Rückfragen und Gespräche gerne zur Verfügung.

Mit freundlichen Grüßen

Vorst.Dir. KR Ing. Mag. Helmut Miksits  
Fachverbands-Obmann

Mag. Michael Mock  
Geschäftsführer